



# Evangelische

# Verantwortung

## Der evangelische Beitrag zur Versöhnung mit Polen

Imut Hild

Im Zweiten Weltkrieg war fast ganz Europa unter deutsche Stiefel geraten. Der Schock saß tief. Deutschland mußte die Wiederherstellung vernünftiger Beziehungen mit vielen Völkern und Staaten anstreben. Für die theologische Bewältigung von Schuld und Gewalt und für den Beitrag der Kirche zum politischen Friedensprozeß spielte der biblische Begriff der *Versöhnung* eine wichtige Rolle.

Das Wort wurde bald auch in der politischen Diskussion aufgegriffen. Dabei ergab sich eine eigentümliche Differenzierung. In den Bemühungen um Verständigung mit den westlichen Ländern sprach man eher von *Aussöhnung* als von *Versöhnung*, bei den östlichen Völkern war es umgekehrt. Die Sprache ist weise. Kleine Veränderungen können tiefsinnige Unterscheidungen ausdrücken. *Aussöhnung* bezeichnet die Beendigung eines Konflikts mit der Bereitschaft, sich in Zukunft zu vertragen. *Versöhnung* heißt: Da war ein Bruch, der sich nach menschlichem Ermessen nicht mehr heilen läßt und nur geheilt werden kann, wenn sich ein radikaler, grundlegender Wandel vollzieht. Das Wort *Versöhnung* hat eine tiefe theologische Dimension. Damit soll der Umfang der deutschen Schuld gegenüber westlichen Ländern keineswegs marginalisiert werden. Dennoch trifft die Feststellung zu, daß die theologische Dimension der Versöhnung im Verhältnis zu den östlichen Nationen stärker im Blickfeld war, ganz besonders beim Nachdenken über die Aufarbeitung der deutsch-polnischen Vergangenheit.

### Der Abgrund der Entzweiung

Wenn es in den letzten Jahren zu Störungen beim Fortschritt der Verständigung kam, war aus Polen zuweilen eine Redensart zu hören: „Der

Deutsche kann dem Polen niemals Bruder sein.“ Hier wie auch in manchen Äußerungen aus Deutschland deutet sich an, wie tief der Versöhnungswille graben muß, um festen Boden zu finden. Aber das war nicht immer so. In seiner schönen Schrift „Deutsche und Polen – Botschaft der Bücher“ weist Karl Dedecius nach, wie eng die Kulturgeschichte der beiden Völker verflochten ist.

Die Symbiose in den Grenzgebieten und der kulturelle Austausch über die vielen in Polen seßhaft gewordenen Deutschen haben beiden Teilen Gewinn gebracht. Bis weit ins 20. Jahr-

JAHRESLOSUNG 1992

Johannes 16, 33

JESUS CHRISTUS  
SPRICHT:  
IN DER WELT  
HABT IHR  
ANGST,  
ABER SEID  
GETROST,  
ICH HABE  
DIE WELT  
ÜBERWUNDEN

### Weihnachten – Fest des Friedens und der Freude

*In den letzten Wochen haben den Tageszeitungen viele Prospekte beigegeben, die Waren aller Art zum Kauf anbieten. Dabei wird immer wieder darauf hingewiesen, man solle anderen eine Freude bereiten, denn das Weihnachtsfest naht. Weihnachten also ein Fest der Freude durch Geschenke?!*

*In den Zeitungen aber lesen wir vom Krieg in Jugoslawien, von politischen Auseinandersetzungen um das gemeinsame Europa und von der zerfallenden Sowjetunion. All dies macht Sorgen. Dazu gibt es täglich Stellungnahmen. Oft hat man den Eindruck, „es wird geredet, damit etwas gesagt ist“.*

*Ich frage mich: Hört man wirklich aufeinander und überlegt man – auch in die Zukunft gedacht – was man sagt? Radikale Forderungen werden gestellt, Gewalt getan gegen Ausländer und gegen eigene Landsleute.*

*Ich denke an den „Jakobus-Brief 1/19“, der da lautet: „Ein jeder Mensch sei schnell zum Hören, langsam zum Reden, langsam zum Zorn.“*

*Wir müssen uns fragen, hören wir ernsthaft aufeinander oder nur noch oberflächlich? Sind wir wirklich langsam „zum Reden“, also gründlich im Denken, überlegt in den Aussagen und beherrscht im Ärger? Kurz gefaßt: Gehen wir anständig und ehrlich miteinander um? Dazu gehört auch richtig und nicht verkürzt zu zitieren.*

*Weihnachten – das Fest des Friedens und der Freude! Warum?*

*Gewiß machen Geschenke den Beschenkten und oft auch den Schenkenden Freude. Deshalb bin ich für Geschenke. Leider gewinnt man oft den Eindruck, daß mit einigen Geschenken das überbrückt werden soll, was an menschlichem Versagen vorhanden ist.*

*Wir dürfen als Christen die Ursache und den Sinn des Weihnachtsfestes nicht vergessen. Weihnachten ist nach christlicher Auffassung eben ein Geschenk Gottes an die Menschen. Wir feiern die Geburt von Gottes Sohn, von Jesus Christus. Dies ist die eigentliche Botschaft, die Freude macht.*

*Deshalb heißt es auch in der Weihnachtsverheißung:*

**„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“!**

*Aber auch hier werden entscheidende Worte häufig weggelassen, denn richtig und vollständig zitiert muß es heißen: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“:*

*Friede auf Erden werden wir nur dann haben, wenn wir Gottes Gebote halten und besonders das Gebot der Liebe erfüllen. Hören wir deshalb auf die „gesamte“ Weihnachtsbotschaft, d.h. nicht verkürzt, auf das, was einleuchtet und gefällt, sondern auch auf das, was uns oft schwer fällt. Dann erfüllen wir auch das 1. Gebot.*

*Mögen wir – ganz gleich, was wir tun – diese Weihnachtsbotschaft vollständig in uns aufnehmen, weitertragen und selbst durch unser Tun glaubwürdig für andere sein. So wird für uns und für viele Weihnachten ein Geschenk werden.*

**Anmerkung:** Dr. Werner Dollinger ist Vorsitzender des EAK der CSU

hundert hinein waren zwischen Deutschen und Polen nicht mehr Lasten zu verkraften als sonst in den Beziehungen europäischer Staaten, trotz der Teilungen Polens und des „polnischen Korridors“, der nach dem Ersten Weltkrieg den Zusammenhang zwischen dem Reich und Ostpreußen unterbrach. Doch der Krieg von 1939 brachte einen Qualitätswandel, in dem alle Regeln der europäischen Geschichte über den Haufen geworfen wurden. Er wurde von den Nationalsozialisten geführt unter dem lästerlichen Anspruch, daß eine „Herrenrasse“ das natürliche Recht habe, ein in ihren Augen „minderwertiges“ Volk den eigenen Interessen zu unterwerfen. Schon bald zeigte sich, daß das Ziel der Unterwerfung Vernichtung und Ausrottung hieß. Dieses Vorgehen war mit den überlieferten Kategorien des Rechts und der Moral allein nicht mehr zu fassen. Kirche und Theologie mußten sich ganz neu besinnen, was es bedeutet, daß Menschen, die mit Gott gebrochen haben, zu **allem** fähig sind.

### **Gottes Versöhnungswort ermöglicht Versöhnung**

Das Neue Testament hat seine Mitte in der Botschaft, daß Gott im Leben und Sterben Jesu Christi die Brücke über den Abgrund schlägt, der zwischen ihm und den Menschen klafft. „Denn“ – so sagt der Apostel Paulus in einem prägnanten Satz aus dem Zweiten Korintherbrief – „Gott versöhnte in Christus die Welt mit sich selbst und rechnete ihnen ihre Sünden nicht an und hat unter uns das Wort von der Versöhnung aufgerichtet.“ Auch die Schuld zwischen Menschen ist Schuld vor Gott. Darum gilt das „unter uns aufgerichtete Wort von der Versöhnung“ zwischen Gott und Mensch auch für die Versöhnung zwischen Menschen. Was Menschen nicht korrigieren und wieder gut machen können, wird von Gott in Ordnung gebracht. Ohne diese Voraussetzung herrscht – die Geschichte lehrt es – der Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“.

Versöhnung wird persönlich zugesprochen und erfahren. Wie es keine kollektive Schuld gibt, so auch keine kollektive Versöhnung. Wohl wird man von Völkerversöhnung reden dürfen, wenn sich in tief verfeindeten Völkern viele Menschen zur Versöhnung bereitfinden. Aber es ist unangemessen, das Wort auf die Beziehungen von Staaten anzuwenden. Was die Versöhnung im Herzen der Menschen ausrichtet, schlägt sich für das politi-

sche Handeln in der Suche nach Verständigung nieder.

Hier besteht ein Wirkungszusammenhang, an dem die politische Bedeutung des Auftrags an die Christen, der zur Versöhnung ruft, zu erkennen ist. Folgen Sie der Botschaft, daß Gott die Welt mit sich selbst versöhnt hat, dann können sie andere Menschen auch unter den schroffsten Gegensätzen und im Bann schwerster Schuld nicht mehr als unversöhnliche Feinde ansehen. Die in der eigenen Existenz erfahrene Versöhnungstat Gottes drängt sie, sich selbst in den Dienst der Versöhnung zu stellen.

### **Die Defizite der Kirche**

Freilich stimmt das Verhalten der Christen und der Kirchen keineswegs immer mit dem Evangelium überein. Durch ein falsches, ideologisch überlagertes Verständnis der biblischen Botschaft haben sie nicht selten zur Eskalation von Feindschaften beigetragen, anstatt für Entspannung und Verständigung zu arbeiten. Vor 1939 hat der nationalistische Ungeist in deutschen wie in polnischen Kirchen die Gemüter verwirrt. Von einem polnischen evangelischen Pfarrer in Bromberg (Bydgosz) weiß ich, daß er seine in der gleichen Stadt tätigen deutschen Amtsbrüder nicht einmal kannte, von einer Zusammenarbeit ganz zu schweigen. Eine unsichtbare Mauer trennte Pfarrer und Gemeinden. Sie hatten dasselbe Bekenntnis und standen gemeinsam unter dem Auftrag, das Evangelium von der Versöhnung zu verkündigen. Sie predigten, daß diese Botschaft nach Christi Willen in alle Welt getragen werden soll. Wie war es möglich, daß die Barriere nationalistischer Engstirnigkeit nicht überwunden werden konnte? Die Distanz zwischen evangelischen Christen deutscher und polnischer Nationalität in Bromberg zeigt, zu welchen Verirrungen es auch in der Kirche kommen kann. Man hatte die biblische Wahrheit, daß die Christen in aller Welt den einen Leib Christi bilden, schlicht verdrängt.

Auch heute leiden die Kirchen an einer Misere, die auf die Glaubwürdigkeit der Versöhnungsbotschaft Schatten wirft. Polens Bevölkerung ist weit überwiegend römisch-katholisch. Ein selbstbewußter Katholizismus hat das Land bis auf den heutigen Tag geprägt und Bewußtsein für eine Identität von katholischer Konfession und polnischer Volkszugehörigkeit geschaffen.

Dadurch werden die anderen Kirchen an den Rand gedrängt. Doch in Polen wie in Deutschland werden die Kirchen von der säkularen Mentalität immer mehr **gemeinsam** in die Schranken gefordert. Die Versöhnungsbotschaft muß Schaden nehmen, wenn der Eindruck entsteht, daß sie sich nicht einmal gegenüber den innerkirchlichen Trennungen durchzusetzen vermag. Zu der gebotenen Gemeinschaft ist es bei aller Freundlichkeit im Umgang miteinander noch nicht gekommen. Mehr als in Deutschland haben in Polen alte Vorurteile Gewicht. Solche Defizite beeinträchtigen nicht nur den Dienst der Kirchen. Sie können auch den Prozeß der politischen Verständigung stören.

Um so mehr wurde es wie ein Wunder empfunden, daß nach den Untaten des Krieges, nach den Reaktionen auf die Vernichtungsmaßnahmen Christen in beiden Ländern unter der Versöhnungsbotschaft neu zusammengeführt und befähigt wurden, Schuld zu bekennen und unvoreingenommen ehrlich miteinander zu reden. In gegenseitiger Vergebung fielen Mauern, die als unüberwindlich galten. Es blieb nicht beim Dialog zwischen den Kirchen. Der Versöhnungswille manifestierte sich in konkreten politischen Vorstellungen und Forderungen.

### Eine bahnbrechende Denkschrift

Eine Frucht dieses Geschehens war die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, die 1965 vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht wurde. Ihre Wirkungen belegen, daß die Versöhnungsbotschaft dazu befreit, auch in Tabuzonen vorzustoßen und Türen für bis dahin für ungangbar gehaltene Wege aufzuschließen. Beim Lesen der Denkschrift heute ist man erstaunt, daß sie in Polen ein solch nachhaltiges Echo fand und zum Eisbrecher für die deutsch-polnischen Beziehungen wurde. Denn sie stimmte ja keineswegs in allen Bewertungen mit den polnischen Positionen überein. Sie spricht ungeschminkt von einer **Vertreibung** der Ostdeutschen, verwendet also nicht das euphemistische Wort **Umsiedlung** aus der polnischen Sprachregelung und bezeichnet sie als Unrecht. Aber vor der Hauptintention der Denkschrift treten solche Differenzen zurück. Wie ein roter Faden durchzieht sie das Streben nach Versöhnung. Mit biblisch fundierten

Überlegungen macht sie die Bahn frei für Vorstellungen, in denen die Vergangenheit überwunden und eine Verständigung angestrebt wird, die in Gegenwart und Zukunft dem Wohl der Menschen dient.

In der Abwägung zwischen dem Heimatrecht der Deutschen und dem Recht der jetzt in den früher deutschen Gebieten lebenden Polen auf eine angstfreie, friedliche Lebensgestaltung gibt die Denkschrift dem Lebensrecht der Polen den Vorrang. Die Anerkennung der Grenze im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit ist eine späte Bestäti-



Wegkreuz in Oberschlesien aus dem Jahre 1905. Inschrift auf deutsch und polnisch: „Selig, die dem Herrn dienen.“

gung der Denkschrift und ein kräftiger Beleg für den Wirkungszusammenhang zwischen christlicher Versöhnung und politischer Verständigung.

Versöhnung ist mehr als die Bewältigung der Vergangenheit. Wie sie politisch zu guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit beiträgt, so verleiht sie auch der Gemeinschaft zwischen Christen eine neue Qualität. Weil der Graben abgrundtief und nur durch Versöhnung zu überwinden war, entwickelte sich im Geist der Versöhnung eine Verbindung zwischen den evangelischen Kirchen in Deutschland und in Polen von einer Intensität, die man sonst in der Ökumene kaum antrifft. Die evangelischen Christen in Polen sind zwar nur eine kleine Minderheit und leben in einer angespannten Diasporasituation. Aber sie haben im Einsatz für die Verständigung eine große Kraft entfal-

tet. Obwohl sie mit dieser Haltung lange Zeit nicht auf Popularität hoffen durften, forderten sie beharrlich ein neues Verhältnis zu den Deutschen und sorgten dafür, daß die Stimme ihrer deutschen Partner in Polen Gehör fand. Umgekehrt haben sie in den wechselseitigen Gesprächen die polnischen Erwartungen geltend gemacht, was zu einer realistischeren Sicht in Deutschland beitrug. Nach der Beseitigung der kommunistischen Macht stützt sich Polen wieder stark auf die katholische Tradition des Landes, die zur Orientierung nach Westen drängt. Dabei besteht die Gefahr, daß der so wesentliche Beitrag der quantitativ nicht ins Gewicht fallenden evangelischen Kirchen zur guten Nachbarschaft mit Deutschland übersehen wird, was einen großen Verlust bedeutete.

### Praktizierte Versöhnung

Die gemeinsame Zukunft gebietet, die Denkschemata des 19. Jahrhunderts, die im 20. ins Ungeheuerliche hypertrophiert wurden, zu überwinden und die europäische Humanitas höher einzustufen als nationale Unterschiede. Solche Entwicklungen erleichtern die Akzeptanz der Grenzen, brechen sie zugleich auf und schaffen auch den nationalen Minderheiten Raum zur Entfaltung. Bei den evangelischen Kirchen Polens bestehen günstige Voraussetzungen. Mit der evangelischen Christenheit in Deutschland verbindet sie das reformatorische Erbe, das sie von dort empfangen haben. Sie waren immer Träger des geistigen Austauschs und hatten in den deutschen Fakultäten den wichtigsten theologischen Gesprächspartner. Selbst die nationalistischen Irrwege auf beiden Seiten konnten diese Kontakte nicht ganz unterbrechen. Doch das Etikett „evangelisch = deutsch, katholisch = polnisch“ wollen sie sich nicht anheften lassen. Als kleine Minderheit in einem katholischen Land legen sie Wert auf den Respekt vor ihrer patriotischen Gesinnung. Um so energischer machen sie sich zum Sprecher der Sorgen ihrer deutschen Partner. So hat die lutherische Kirche schon frühzeitig nach dem Krieg gegen den politischen Trend im Lande die gottesdienstliche Muttersprache für die im Land verbliebenen Deutschen durchgesetzt und später die deutschen Restgemeinden auch institutionell gleichgestellt.

Zwischen den Leitungsgremien, Gemeinden und Arbeitswerken bestehen

ungezählte Kontakte – Früchte der Versöhnung, die beiden Seiten zugute kommen. Vor zwei Jahrzehnten wurde zwischen dem Polnischen Ökumenischen Rat und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ein Kontaktausschuß gebildet, der regelmäßig zu Konsultationen zusammentritt. Dank der Beachtung der EKD durch Regierungsstellen und Parteien in der Bundesrepublik konnten Erkenntnisse aus diesen Beratungen in die politische Arbeit eingebracht werden. Die polnischen Partner haben es immer verstanden, die deutschen Sprecher mit namhaften Vertretern der polnischen Gesellschaft und der Regierung zusammenzubringen. Initiativen der evangelischen „Aktion Sühnezeichen“ führten zur Einrichtung einer Jugendbegegnungsstätte beim ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz, die von

## Aus Feinden werden Freunde –

### Die deutsch-polnischen Beziehungen nach den Verträgen

Friedbert Pflüger

**Deutsche und Polen haben fruchtbare und furchtbare Jahre erlebt. Ende des 18. Jahrhunderts wurde das Land zweimal geteilt, im 19. Jahrhundert schließlich verschwand es ganz von der Landkarte. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte Polen eine kurze Auferstehung, nur um 1939 als Opfer des Hitler-Stalin-Paktes erneut geteilt zu werden. Eingequetscht, zerstört, zerstückelt, ausradiert – angesichts dieser Geschichte können wir kaum anders, als die heutigen Ängste mancher Polen vor neuen Sicherheitsrisiken zu verstehen.**

Aber neben Schatten hat es auch Licht gegeben. Am 3. Mai 1791 gaben sich die Polen die erste geschriebene Verfassung in Europa, was unter den freiheitlich und national gesinnten Deutschen große Sympathie auslöste. Zwischen polnischen, deutschen und

zur Dankbarkeit. Die Polen haben unter großen Opfern (man denke nur an Pater Jerzy Popieluszko) den Weg zur Freiheit gebahnt, den später auch die Ostdeutschen gehen konnten.

Wen wundert es, daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen in dem Krieg eisig war? Der brutale Überfall und die barbarische Besatzungszeit einerseits und das Leid der Vertreibung andererseits hinterließen auf beiden Seiten tiefe Verletzungen, nicht selten Haß. Den Vertriebenen ist am Ende des Krieges die schwerste Last aufgebürdet worden. Aber niemand soll vergessen, daß es ohne Hitlers Krieg keine Vertreibung gegeben hätte.

„Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 6. Juni 1991 in Warschau von den Verhandlungsführern paraphiert worden war, wurde am 17. Juni 1991 durch Bundeskanzler Kohl und den polnischen Ministerpräsidenten Bielecki sowie durch die beiden Außenminister in Bonn unterzeichnet. Zusammen mit dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze und einem ergänzenden Briefwechsel der Außenminister bildet er ein Vertragswerk, dessen Ziel die zukunftsorientierte Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen und die Verständigung und Versöhnung der beiden Völker ist.“

aus: *Denkschrift zum Vertrag*

### Überparteiliches Anliegen

Bund, Ländern und Kirchen getragen wird – ein Haus und eine Arbeit, die Versöhnung symbolisieren. Mit der Initiative „Zeichen der Hoffnung“ wurde der in Polen aufmerksam registrierte Versuch unternommen, durch freiwillige Beiträge evangelischer Christen und Gemeinden in Deutschland für die noch lebenden Opfer der Gewalt Herrschaft ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Schon vor Jahren hat der Bischof der lutherischen Kirche in Polen, Janusz Narzynski, erklärt: „Wir müssen nicht mehr nach Versöhnung suchen. Wir sind versöhnt, weil wir gemeinsam durch Christus mit Gott versöhnt sind.“ Die Befreiung zur Versöhnung durch das Evangelium ist Grund und Motiv der bewegenden Versöhnungserfahrungen zwischen evangelischen Christen in Deutschland und Polen und ein ständig neuer Anlaß, für gute Nachbarschaft und Freundschaft zwischen den beiden Völkern zu arbeiten.

D. Helmut Hild ist Kirchenpräsident a.D. der Landeskirche Hessen-Nassau.

französischen Patrioten kam es immer wieder zu Austausch und Zusammenarbeit. Auf dem Hambacher Fest 1832 fanden sich mutige Kämpfer aus allen drei Staaten unter dem Wort zusammen: „Ohne Polens Freiheit keine deutsche Freiheit, ohne Polens Freiheit kein dauerhafter Friede, kein Heil für die europäischen Völker.“

So konnte es nicht verwundern, daß die kommunistische Diktatur, die sich nach dem 2. Weltkrieg über ganz Mittel- und Osteuropa ausgebreitet hatte, zuerst in Polen besiegt wurde. Anfang der 80-er Jahre standen polnische Arbeiter der Danziger Leninwerft unter Lech Walesa und der im Untergrund arbeitenden Gewerkschaft „Solidarität“ gegen den totalitären Zwangsstaat auf. Die Niederwerfung der Freiheitsbestrebungen durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes im Dezember 1981 vermochte die Bewegung nicht zu stoppen. Im Sommer 1989 hatte Polen mit Tadeusz Mazowiecki den ersten nichtkommunistischen Regierungschef im Bereich des Warschauer Paktes. Wir Deutschen haben allen Grund

Konrad Adenauer hatte sich schon in seiner ersten Regierungserklärung zur Aussöhnung mit Polen bekannt. Am 1. September 1959, zwanzig Jahre nach Kriegsbeginn, erklärte Adenauer in einer Rundfunkrede: „Weit läßt sich als ein Jahrhundert hat das sympathische polnische Volk, ohne daß es irgendeine Schuld trug, unter den politischen und kriegsrischen Auseinandersetzungen in Europa gelitten. Dreimal wurde es zerrissen und geteilt, und vor 20 Jahren wurde es das erste Opfer dieses letzten Krieges, als Hitlerdeutschland und die Sowjetunion in das Land einfielen und es grausam zerstörten... Unser Bestreben wird es sein, Verständnis, Achtung und Sympathie zwischen dem heutigen Deutschland und dem polnischen Volk zu begründen, damit auf diesem Boden dereinst eine wahre Freundschaft erwachse.“

Die Aussöhnung mit Polen war ein überparteiliches Anliegen der Deutschen. Elf Jahre nach Adenauers Rede kam es zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages und zum weltweit

beachteten Kniefall von Willy Brandt vor dem Mahnmahl des Warschauer Gettos. Es brauchte weitere 19 Jahre, bis Deutschland die Oder-Neisse-Grenze endgültig anerkannte und ein umfassender Vertrag über die Ent-



**Dr. Friedberg Pflüger, MdB: Die Energien für deutsch-polnische Verständigung wecken!**

wicklung zur Freundschaft geschlossen wurde. Die beiden Verträge, die in Polen und Deutschland im Oktober 1991 ratifiziert wurden, sind von ähnlich historischer Bedeutung, wie der Elysee-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich. In Anknüpfung an die Worte Adenauers gilt es nun, die geschlossenen Verträge auf den verschiedenen Ebenen mit Leben zu erfüllen.

### **Früher Handelspartner**

Als besonders dringlich wird in Polen vor dem Hintergrund der katastrophalen ökonomischen Situation die wirtschaftliche Zusammenarbeit bewertet. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere der Handel, entwickeln sich dynamisch. Deutschland ist heute Polens erster Handelspartner, mit dem deutschen Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten (ohne die Sowjetunion) nimmt Polen den ersten Rang ein.

Von allen mittel- und osteuropäischen Staaten (ohne die Sowjetunion) erhält Polen die höchsten bilateralen Hilfen. Seit 1989 hat Polen über 10 Milliarden DM an Krediten, Zuschüssen, humanitären Hilfen und Schuldenerlassen erhalten. Vor dem Hintergrund der polnischen Wirtschaftslage ist es dennoch verständlich, daß es in

Warschau die Erwartung gibt, die Deutschen möchten ihr Engagement im privaten und staatlichen Sektor weiter ausbauen. Auf staatlicher Ebene sind weiteren Hilfsaktionen Grenzen gesetzt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund ähnlicher Anfragen aus der Tschechoslowakei, Ungarn und vor allem der Sowjetunion. Die Privatwirtschaft in der Bundesrepublik klagt über die nur schleppend vorankommende Privatisierung, Probleme beim Grundstückerwerb und mangelnde Kompetenz und Durchsetzungskraft der Ansprechpartner in der polnischen Bürokratie. Vor allem wird auf die ungewisse politische Situation nach dem Wahlergebnis vom 27. Oktober 1991 hingewiesen. Politisch stabile Verhältnisse sind überall die Grundlage für ein gutes Investitionsklima.

### **Verbesserung des Umweltschutzes**

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen ist die Zusammenarbeit im Umweltschutz, die der Artikel 16 des deutsch-polnischen Vertrages anspricht. Im Vordergrund der Zusammenarbeit steht dabei die Erfassung und Beseitigung von **Umweltbelastungen in der Grenzregion**. So bemühen sich seit 1989 Polen und Deutsche um die Schaffung eines deutsch-polnischen „Nationalparks Untere Oder“. Zwischen Stettin und Hohensaaten-Cedynia gilt es, das letzte intakte Flußmündungsgebiet in Europa zu erhalten. Ein gemeinsam entwickeltes und durchgesetztes, von Partnerschaft getragenes Nationalparkprojekt würde nicht nur der Ökologie, sondern auch den politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern einen unschätzbaren Dienst erweisen.

Das Vertragswerk weist der konkreten Zusammenarbeit in den Grenzregionen generell eine wichtige Funktion zu. Von entscheidender Bedeutung dafür war die Einführung des visafreien Verkehrs zwischen beiden Ländern, die die Regierung Kohl gegen manche Bedenken durchsetzte und die zu einer wesentlichen Verminderung polnischer Asylanten- und Aussiedlerzahlen in der Bundesrepublik führte.

In Zittau (Sachsen) hat sich ein Koordinierungsbüro für die „Euroregion Dreiländereck“ gebildet mit dem Ziel, grenzraumspezifische Standortnachteile durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu überwinden. Verbesserung der Telekommunikation,

Wiederherstellung und Ergänzung vorhandener Verkehrswege, Sanierung von Umweltschäden, grenzüberschreitender Ausbau von Naherholung und Tourismus, gegenseitige Hilfe bei dem Aufbau gemeinsamer Verwaltungsstrukturen, Initiativen bei Ausbildung und Weiterbildung spielen dabei eine hervorragende Rolle.

Ähnliche Initiativen gibt es in Brandenburg, wo es Pläne zur Schaffung eines regionalen Wirtschaftsförderungsraums entlang der Grenze gibt. Zollfreier Handelsaustausch, deutsch-polnische Unternehmungen, günstige Investitionskredite, besondere Steuer- und Abschreibungsbedingungen, ein Verkehrsverbund sowie Zusammenarbeit bei der Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Abfalldeponierung werden hier angestrebt. Die Messe- und Ausstellungstätigkeit soll verstärkt werden, mit der Gründung der Europauniversität Frankfurt/Oder das Wissenschafts- und Bildungspotential verknüpft werden und schließlich gemeinsam Erholungsräume und touristische Zentren gegründet werden.

Dieser konkreten Zusammenarbeit kommt vor allen Dingen deshalb entscheidende Bedeutung zu, als die menschlichen Gräben zwischen Polen und den Deutschen in der ehemaligen DDR besonders groß waren.

Entgegen aller offiziellen Verlautbarungen über Freundschaft und Brüderlichkeit gab es ein gespanntes Verhältnis der Nachbarn. Die Polen hielten die DDR-Deutschen für laut, hochmütig, zu Belehrungen neigend und autoritär. Im Dezember 1981 schrieb der Danziger Journalist Tadeusz Bolduan unter dem Titel „Deutscher Geist“ in einer Wochenzeitung der 'Solidarität': „Wir schätzen die Deutschen aus der DDR nicht allzu sehr. Wir sehen, daß wir den Preis der inneren Freiheit kennen, den sie nicht kennen, umso mehr, als wir unter allen Umständen das Gesicht zu wahren suchen, während sie im deutschen Provinzialismus steckten und sich restlos jeder Macht unterordneten, der unmenschlichsten sogar. Dabei soll nicht vergessen werden, daß die DDR auf ehemaligen preußischen Gebieten entstanden ist.“ (Zitiert nach: Klaus Reiff, Polen. Als deutscher Diplomat an der Weichsel, Bonn 1990)

Die Einwohner der DDR blieben vielfach den alten Klischees verhaftet: Die Polen seien faul, unfähig, unordentlich und undiszipliniert usw. Da es

weder in Polen noch in der DDR jemals eine Aufarbeitung der Geschichte gab, ist es heute von besonderer Bedeutung, durch Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen im grenznahen Raum alte Stereotypen zu überwinden.

Dabei dürfen wir auf deutscher Seite nicht verkennen, daß die verschiedenen Pläne zur Schaffung besonderer Grenzregionen in Polen auch Ängste hervorrufen. Die Furcht ist, daß diesmal – ohne die Verletzung einer Staatsgrenze – allein mit Hilfe von Wirt-

deutsch-polnischen Gesellschaften. Bei uns haben sie, zum Teil seit vielen Jahren, immer wieder Versuche unternommen, Kontakte und Hilfen zwischen Deutschen und Polen zu ermöglichen. Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hannover hat jahrelang Spenden für Medikamente für ein Kinderkrankenhaus in Posen gesammelt. Man organisierte Schüleraustausche zwischen deutschen und polnischen Gymnasien sowie Ausstellungen von polnischen Kunstmalern in der niedersächsischen Hauptstadt, holte eine Taubstumm-Pantomime-Gruppe



Jugendaustausch fördern!

schafts- und Verwaltungsinstrumenten ein bedeutender Teil Polens von deutschen Einflüssen dominiert würde.

Ein polnischer Freund, der entschieden für die Bildung von Euroregionen eintritt, berichtete mir von Besorgnissen, daß auf diese Weise Polen erneut geteilt würde: In das arme Kernpolen und in die Gebiete, die an Deutschland grenzen. Wir tun gut daran, bei solchen Einwänden genau hinzuhören und sie vor dem Hintergrund der bewegten polnischen Geschichte zu verstehen. Andererseits gilt es darauf hinzuweisen, daß bei der Zusammenarbeit in den Grenzregionen auch darüber hinaus das ganze Polen wirtschaftlich davon profitieren dürfte.

Polnischen Ängsten sollten wir dadurch begegnen, daß wir über **Städtepartnerschaften**, den über das neue **deutsch-polnische Jugendwerk laufenden Jugendaustausch** sowie die Zusammenarbeit von Kirchen und Verbänden unzählige Kontaktmöglichkeiten für die Menschen schaffen. Nur wenn die Menschen sich gegenseitig kennen und schätzen lernen, werden Vorurteile und Ängste abgebaut. Genau dies war schließlich auch das Erfolgsgeheimnis der deutsch-französischen Beziehungen in den letzten 30 Jahren.

Von besonderer Bedeutung sind dabei die vielfältigen Initiativen der

aus Olsztyn an die Leine oder vermittelte Kinder aus Goleczewo Aufenthalte in hannoverschen Familien.

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bonn sammelt Spenden, um Schulkindern aus minderbemittelten Familien im schlesischen Trebnitz Schulesen zu ermöglichen. In der barocken Klosterkirche von Trebnitz hat einst die Heilige Hedwig ihre Ruhestätte gefunden. Sie wird von Polen und Deutschen gleichermaßen als Brückenbauerin zwischen unseren Völkern verehrt. Zu Initiativen in ihrem Geiste zu ermutigen, Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen – das ist der Kern der Aufgabe, die uns allen durch das historische Vertragswerk gestellt ist.

## Deutsch-polnische Verständigung ausbauen

Dabei könnte die deutsche Minderheit in Polen eine hervorragende Aufgabe übernehmen. Immer mehr Vertreter der deutschen Minderheit erkennen, daß es besser ist, die Energien für deutsch-polnische Verständigung zu verwenden, als alte Grenzstreitigkeiten auszutragen. Die Minderheit könnte als Brücke fungieren. Eine gute Grundlage dafür legt das Vertragswerk. Es erkennt die Grenze völkerrechtlich an und zieht damit einen Schlußstrich durch die unseligen territorialen Streitigkeiten, die lange Zeit den Blick für gemeinsame Aufgaben verstellten haben.

Gleichzeitig gibt er der deutschen Minderheit umfassende Rechte, mit denen die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität der Deutschen in Polen gewahrt werden kann: Förderung des Deutsch-Unterrichtes, deutsche Gottesdienste und die Möglichkeit politischer Repräsentation. So war es möglich, daß bei den Wahlen am 26. Oktober sieben deutsche Vertreter ins polnische Parlament einziehen konnten. Manche bei uns haben sich noch weitergehende Rechte gewünscht, z.B. die Verpflichtung der Polen, zweisprachige Ortsschilder aufzustellen oder besondere Rückerwerbsrechte von Boden und Gebäuden für Vertriebene. Wir sollten diesbezüglich auf die zukünftige Entwicklung vertrauen. Polen ist kein kommunistischer Zwangsstaat mehr, sondern eine Demokratie. Wenn sich die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen entwickelt und Vertrauen abgebaut wird, dann werden sich viele Probleme von selbst lösen. Der gemeinsame Weg nach Europa wird die alten Grenzstreitigkeiten hoffentlich bald ganz in Vergessenheit geraten lassen. Das mag bis heute für viele Vertriebene schwer sein.

Vielleicht findet der eine oder andere von ihnen die Gelegenheit, ein Gedicht von Adalbert von Chamisso, selbst ein Vertriebener, nachzulesen:

Ich träum' als Kind mich zurücke  
und schüttle mein graises Haupt.  
Wie sucht ihr mich heim, ihr Bilder,  
Die lang ich vergessen geglaubt?

So stehst du, o Schloß meiner Väter  
Mir treu und fest in dem Sinn  
Und bist von der Erde verschwunden  
Der Pflug geht über dich hin.

Sei fruchtbar, o teurer Boden,  
Ich segne dich, mild und gerührt,  
Und segne ihn zweifach, wer immer  
Den Pflug nun über dich führt.

Die deutsche Minderheit in Polen und die Vertriebenen erhalten durch das deutsch-polnische Vertragswerk eine großartige Chance. Sie können eine Brücke zwischen zwei Erbfeinden sein. Sie können entscheidende Beiträge dazu leisten, daß aus Feinden Freunde werden. So verschieden sind Deutsche und Polen gar nicht, zumal dann nicht, wenn sie gleichzeitig beide Schlesier sind. Bischof Nossol von Oppeln sagte einmal: „Viele Menschen kommen zu mir, die auf deutsch gesündigt haben und nun auf polnisch beichten und umgekehrt.“

**Anm.:** Dr. Friedbert Pflüger, MdB, Jahrgang 1955, ist Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Bonn.

# Braucht der Mensch Werte?

Hans Martin Pawlowski

**Man sorgt sich heute um den Verfall des Wertbewußtseins, ruft nach Werterziehung, spricht von der Wertordnung des Grundgesetzes – in der die Menschenwürde der höchste Wert ist – und ich habe sogar schon gehört, daß Gott der höchste Wert sein soll. Spätestens bei der letzten Aussage sollten aber jedem Christen Zweifel kommen. Früher war es jedenfalls dem Protestanten klar, daß man so nicht von Gott reden darf. Und wenn dem Katholiken auch die Redeweise von Gott als dem „Summum Bonum“ (dem höchsten Gut) vertraut war – auch wenn sie der katholische Philosoph Blaise Pascal so eindrucksvoll abgelehnt hatte –, so wußte er doch zwischen den auf den Menschen und sein Erleben bezogenen „Werten“ und den dem Menschen gegenüber selbständigen „Gütern“ zu unterscheiden.**

Heute verweisen dagegen augenscheinlich selbst Christen auf „Werte“ – wie nicht zuletzt eine Reihe von Formulierungen der gemeinsamen Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz „Grundwerte und Gottes Gebot“ aus dem Jahre 1979 zeigt. Es erscheint daher geraten, einige Eigenarten des Wertbegriffs und der Werte in das Gedächtnis zurückzurufen.

Zunächst sei daran erinnert, daß Nicolai Hartmann – der neben Max Scheler wohl der bedeutendste Vertreter der Wertphilosophie war – nicht ohne Grund von der „Tyrannei der Werte“ sprach. Und schon vorher hieß es bei Max Weber (dem auch heute noch berühmten Heidelberger Soziologen) von den Werten: „Die alten vielen Götter, entzaubert und daher in Gestalt unpersönlicher Mächte, entsteigen ihren Gräbern, streben nach Gewalt über unser Leben und beginnen untereinander wieder ihren ewigen Kampf. Das aber, was dem modernen Menschen so schwer wird, und der jungen Generation am schwersten, ist, einem solchen Alltag gewachsen zu sein.“ Martin Heidegger – einer der letzten großen Philosophen – wies daher plausibel darauf hin, daß es bei den Wertlehren um einen schwachen Ersatz für die Metaphysik gehe, die im 19. Jahrhundert abhanden gekommen sei: Mit den Werten hält der Polytheismus (also die Vielgötterei) wieder Einzug in unser Denken.

Es sollte daher nicht überraschen, daß man mit dem Hinweis auf „Werte“ jedes gewünschte Ergebnis rechtfertigen kann. Wer sich also auf „Werte“ berufen und stützen will, muß wissen, daß selbst die Philosophen und Soziologen, auf deren Lehren das heutige Reden von den Werten aufbaut, auf die Gefahren des Wertbegriffs hingewiesen haben: Auf die mit diesem Begriff verbundenen Konsequenzen.

Überlegt man nun, wozu man den Wertbegriff und die Werte braucht, so wird man erst einmal auf einen gewissenmaßen „unschuldigen“ Zusammenhang verweisen: Man versteht unter „Werten“ einmal abstrahierende Zusammenfassungen von Erwartungen, Neigungen oder Tendenzen – wie sie z.B. bei Meinungsumfragen abgefragt werden. So sind Werte nach einer Formulierung des bekannten Soziologen Niklas Luhmann „Gesichtspunkte der Vorziehenswürdigkeit von Handlungen“, die unspezifiziert lassen, „welche Handlungen welchen anderen vorgezogen werden, und ... damit nur sehr unbestimmte Anhaltspunkte für die Bildung und Integration von Erwartungen“ geben.

In diesem Sinne sind Werte also abstrakte Begriffe, mit deren Hilfe man abkürzend historische oder gesellschaftliche Zustände beschreiben kann. Sie haben von daher zwar große Bedeutung in den Geschichts- und Sozialwissenschaften; sie weisen **aber als abstrakte Begriffe** nur auf etwas Vorhandenes hin und **verpflichten zu nichts**. Denn aus der Feststellung, daß etwas so oder so ist, ergibt sich nicht, daß es auch so sein soll.

Diese Eignung des Wertbegriffs zur Darstellung bestimmter Zustände ist jedoch nicht gemeint, wenn man heute von Wertverfall, Werterziehung oder von der Achtung der Grundwerte spricht. Bei dieser Redeweise geht es nicht um die Beschreibung heutiger oder früherer Tendenzen und Neigungen. Wer so spricht, meint vielmehr, mit dem Begriff des „Wertes“ etwas anzusprechen, was für Moral und Ethik von Bedeutung ist – was jedermann verpflichtet und was jedermann achten soll: „Wenn ich mich entscheiden habe, in einem bestimmten Staat zu leben, so bin ich selbstverständlich auch verpflichtet, die Werte zu beja-

hen, die diesen Staat tragen“, konnte man kürzlich in der deutschen Richterzeitung lesen – also in dem Organ des deutschen Richterbundes. Werte in diesem Sinne sind also Gegebenheiten, die man anerkennen und achten soll – wobei hier dahinstehen kann, woraus sich dieses „Sollen“ ergibt. Auf diesen auf Moral oder Ethik bezogenen Wertbegriff beziehen sich die eben erwähnten Aussagen Max Webers oder Nicolai Hartmanns. Was ist es aber nun, das die Tyrannei der Werte begründet und ausmacht.

Hier hat eine Ende der 60er Jahre unter der Beteiligung von Eberhard Jüngel geführte Diskussion deutlich gemacht, daß die Tyrannei der Werte auf deren Aggressivität beruht: Jeder höhere Wert oder Höchstwert ist darauf angelegt, sich auf Kosten der niederen Werte durchzusetzen – und so kommt es zum Kampf oder zur Tyrannei der Werte. Der höchste Wert fördert dabei für seine Geltung den höchsten Einsatz und den höchsten Preis: So hob der in der politischen Diskussion besonders den katholischen Christen bekannte Pater Basilius Streithofen in der Debatte über den Einsatz atomarer Kampfmittel hervor, daß der Wert der Freiheit höher sei als der des Lebens, weshalb sich der Einsatz dieser Kampfmittel nicht nur als gerechtfertigt, sondern als notwendig darstelle – was die Aggressivität der Werte besonders deutlich werden ließ.

Daneben stößt der Rückgriff auf Werte im Zusammenhang von Ethik und Moral auf Bedenken, die gewissermaßen in die Gegenrichtung zielen: Man weist nämlich zu Recht darauf hin, daß sich bei der Verwendung des Wertbegriffs dessen Ausrichtung auf **die Verwertbarkeit (der Werte)** nicht ausräumen lasse – was sich heute z.B. in der Tendenz zu einer Kommerzialisierung der Ehre zeigt. Früher hat es der Gesetzgeber abgelehnt, bei Beleidigungen dem Beleidigten einen Anspruch auf Zahlung von Geld zuzusprechen – weil man sich seine Ehre nicht „abkaufen“ lasse. Heute dagegen gibt es viele Klagen auf Schmerzensgeld wegen Ehrverletzungen. Diese Ausrichtung auf die Verwertbarkeit der Werte hängt mit der Herkunft des Wertbegriffs zusammen: Der Wertbegriff stammt aus den Wirtschaftswissenschaften und bezog sich dort auf austauschbare Zusammenhänge und nicht auf unverwechselbare Gegebenheiten, auf die es im Zusammenhang von Ethik und Moral ankommt. Von

daher ergibt sich dann die **Tendenz zur Optimierung der verschiedenen Werte** – um die es z.B. geht, wenn bei der Auslegung des Grundgesetzes nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Auslegung zu wählen ist, die den Grundwerten den höchsten Wirkungsgrad zuspricht. Eine derartige Optimierung kann man aber nur erreichen, wenn man die Unterschiede zwischen den Werten neutralisiert. Dies geschieht in den Wirtschaftswissenschaften dadurch, daß man alles in Geld umrechnet. Außerhalb des Zusammenhangs der Wirtschaft führt der Hinweis auf Optimierung dagegen zum Zynismus. Dies wird besonders im Zusammenhang der Diskussion über den § 218 deutlich, in der man auch davon gesprochen hat, daß man die Werte „Persönlichkeitsentfaltung der Mutter“ einerseits und „Leben des Kindes“ andererseits optimieren müsse. Was Optimierung bedeuten soll, wenn das Kind abgetrieben ist, bleibt dunkel.

Fragt man nun nach dem Ursprung dieser Tendenz zum Rückgriff auf Werte, so wird man zunächst darauf verweisen, daß dieser Rückgriff es dem Menschen ermögliche, sich bei Entscheidungen an widerspruchsfreien Zusammenhängen zu orientieren und damit rational zu handeln (nämlich konsistent): Werte – und insbesondere solche, die in **Wertordnungen** zusammengefaßt sind – **bieten** nämlich auf Dauer gestellte (verdinglichte) Verhaltenskonzeptionen: **Bilder des gewünschten Verhaltens**. Dies wird den Bibelleser daran erinnern, daß die Bibel immer wieder von der Neigung des Menschen berichtet, sich an derartige Bilder zu hängen: Sie trat hervor in der Geschichte vom Tanz um das goldene Kalb – in der sich nicht nur die Orientierung am Golde (am Mammon) ausdrückte, sondern vor allem die Orientierung an der vitalen Kraft des (Apis) Stieres.

Gegen diese Orientierung richtete sich dann das biblische Bilderverbot – sowie später das Bilderverbot des Korans. Orientierungspunkt für menschliches Handeln sollten und sollen danach nicht Bilder sein – nicht das in's Unendliche projizierte Idealbild des Menschen, wie es später Ludwig Feuerbach und nach ihm Karl Marx nennen –, sondern der lebendige (und damit wandlungsfähige) Gott, der sich im brennenden Dornbusch offenbarte. Die Berichte über die Geschichte Israels zeigen aber, daß das Volk immer wieder von dieser Orientierung an der lebendigen (und damit wandlungsfähigen) Person Gottes abfiel und sich an

die toten Bilder Baals, Molochs oder Astharoths hielt: an Götzenbilder – und an die durch sie ausgedrückten Konzeptionen des Lebens. Der russische Religionsphilosoph Nikolai Berdjajew sprach daher davon, daß die Abgötterei zum Wesen des Menschen gehöre.

Im neuen Testament ist dann Konkurrent des lebendigen Gottes das Gesetz „als Gesetz“ – d.h. als verdinglichte (tote und daher unwandelbare) Ordnung. Die **Antwort Gottes** auf diese Verdinglichung ist **seine Menschwerdung**: Die Menschen sollen sich nicht an einer verdinglichten Ordnung orientieren, sondern an einer lebendigen Person – an Jesus, dem Sohn Gottes. Dieser Mensch ist die Erfüllung des Gesetzes; er gibt dem Gesetz Leben, indem er es ändert: „Euch ist gesagt, ...; ich aber sage euch ...“.

Welcher Mechanismus uns dazu (ver-)führt, uns an Bildern zu orientieren und nicht an dem lebendigen Gegenüber, machen die Analysen des Werterlebens deutlich, die die Wertphilosophie erarbeitet hat – also die bereits erwähnte Philosophie, aus der wir nach 1945 das Reden von den Werten übernommen haben. Denn diese Analysen stellen bei allen Unklarheiten und Gegensätzlichkeiten der unterschiedlichen Wertlehren übereinstimmend fest, daß sich Werte nicht definieren lassen. **Werte sind vielmehr Gegenstand eines unmittelbaren, einheitlichen (Wert-)Erlebens oder Wertfühlers, dessen einzelne Elemente sich nicht gegeneinander abgrenzen lassen**: Man hört oder sieht Taten von Menschen und bewertet sie unwillkürlich als gut oder böse, erfreulich oder unerfreulich usw. – je nachdem, wie man sie erlebt, mit wem man sich identifiziert, was man an ähnlichen Dingen schon erlebt hat usw. Man mag sich daran erinnern, daß man z.B. Namen als akzeptabel oder komisch bzw. unangenehm empfindet und beurteilt – je nachdem, welche Erlebnisse man vorher mit Trägern desselben Namens hatte. **In diesem Werterleben lassen sich aber Sein und Schein nicht trennen** – also Irrtum und Wahrheit: Weil diese Trennung immer die Isolierung einzelner Elemente voraussetzt, während die Bewertung immer auf der Gesamtheit des Erlebens beruht. Werte sind damit als Gegenstand unseres Erlebens Bestandteil unserer Welt – und nicht der Schöpfung Gottes: So wie auch die Sünde, die Götzen oder die Schuld zu unserer Welt gehören und nicht von Gott geschaffen sind.

Werte-Bestandteile unserer Welt

Werte mögen daher Bedeutung für unser Handeln haben, also für unsere Moral, die auf unserem Erleben aufbaut, bei dem die Trennung von Sein und Schein nie zu gewährleisten ist – und auch hier wäre es besser, dem Gebot Gottes zu folgen. Geht es aber um Gemeinde und Gemeinschaft – also um den Raum, in dem sich Verpflichtungen auswirken –, dann führt die Orientierung an verdinglichten Werten leicht von dem wirklichen Leben ab. Die unpersönlichen Mächte, von denen Max Weber sprach, gewinnen Gewalt über unser Leben und zwingen uns in ihre ewigen Kämpfe. Wir sollen aber in dem Raum der Gemeinschaft „reden und handeln, als die da sollen durch das Gesetz der Freiheit gerichtet werden“. (Jakob 2, 12).

Was nun gemeinsame Freiheit in einer Gemeinschaft heißt, in der Menschen unterschiedlichen Glaubens friedlich nebeneinander leben können sollen, ist ein eigenes Thema, über das man sich heute in vielerlei Hinsichten streitet: Man denke hier nur an das Stichwort der „multikulturellen Gesellschaft“. Es sollte aber jedenfalls klar sein, daß hier „Werte“ nicht helfen – da sie Gegenstände des je persönlichen einheitlichen (Wert-)Erlebens sind, in dem sich Sein und Schein nicht trennen lassen.

**Ann.:** Prof. Dr. Hans Martin Pawlowski ist Landesvorsitzender des EAK-Baden.

Einladung zu einer Gesprächsrunde für Mitglieder aus Sachsen-Anhalt

Freitag, 3. Januar 1992, 17 Uhr bis Samstag, 4. Januar 1992, 13 Uhr in Tangermünde

Thema u.a.:

**„Christen in politischer Verantwortung – Auftrag und Konflikte“**

Informationen:

Sup. Horst Gaede, Pfarrhof 6, O-3504 Tangermünde, Tel.: 2345



# Die Kirchensteuern und die Zukunft der Kirche

Beatus Fischer

**Es vergeht keine Woche ohne Nachrichten wie diese: „Die Kirchaustritte nehmen dramatisch zu.“ Die Medien, und davon nicht ausgenommen auch die kirchlichen, verkaufen diese Nachrichten, weil schlechte Nachrichten offensichtlich immer noch besser als die Normalität unserer Volkskirche sind.**

Von 1970 bis 1989 traten in die Mitgliedskirchen der EKD 570.000 Personen ein. In knapp 20 Jahren traten so viele Menschen in die evangelische Kirche ein, wie die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen oder die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen an Mitgliedern zählt. Diese Zahl ist größer als der Mitgliederbestand jeder Freikirche in der Bundesrepublik. Die Zahl der Eintritte ist von 1970 mit 12.535 um das dreifache auf 41.488 Mitglieder im Jahr 1989 angewachsen.

Veränderungen im Mitgliederbestand ergaben sich auch durch Wanderungsbewegungen. Fortzügen standen Zuzüge gegenüber. Insgesamt wuchs die evangelische Kirche um 560.000 Mitglieder durch per Saldo höhere Zuzüge evangelischer Kirchmitglieder in die Bundesrepublik („Wanderungsgewinne“).

Insgesamt nahm die Zahl der Mitglieder durch Eintritte und Wanderungsgewinne um 1,13 Millionen Evangelische zwischen 1970 und 1989 zu – so viel wie die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen an Mitgliedern zählt.

Der weitaus größte Anteil an der Mitgliederverminderung ist dadurch erklärt, daß per Saldo 3,5 Millionen Menschen mehr beerdigt als getauft wurden („Sterbeüberschuß“). Und dennoch soll nicht verschwiegen werden, daß von 1970 bis 1989, bemessen am Bestand von 1970, 9,8 % oder 2,8 Millionen Evangelische aus ihrer Kirche ausgetreten sind. Werden jedoch Eintritte und Wanderungsgewinne mit den Austrittszahlen verrechnet, haben 1,7 Millionen oder 5,9 % mehr Mitglieder des Jahres 1970 die Kirche verlassen als neu hinzugezogen oder eingetreten sind. Dies sind pro Jahr 0,5%.

Ein Blick zurück in die seit 1900 geführte Statistik zeigt, daß diese Entwicklung in der Tendenz und Häufigkeit nicht neu ist: Abgesehen von einigen Pausen, die historisch gesehen ver-

mutlich als kirchenfreundlich gelten, tatsächlich aber durch politische und nicht kirchliche Gründe (zum Beispiel 1. Weltkrieg und Aufbauphase nach dem 2. Weltkrieg) die Austrittszahlen absinken ließen, liegen die Austrittszahlen der jüngeren Vergangenheit nicht höher als seit 1900 zu beobachten. Auch in den zurückliegenden Jahrzehnten wie in der jüngsten Ver-



**Oberkirchenrat Dr. Beatus Fischer ist Finanzreferent (seit März 1987) und seit 1 1/2 Jahren auch Geschäftsleitendes Mitglied des Oberkirchenrates bei der Evangelischen Landeskirche in Baden.**

gangenheit gab es „Austrittswellen“. So traten zwischen 1919 und 1932 zwischen 3% bis 8% aus der evangelischen Kirche aus. In der Nachkriegszeit war mit 0,78% im Jahr 1974 die Austrittszahl am höchsten und dürfte 1991 wieder erreicht, wenn nicht überschritten werden.

Kurzfristig schwankte die Austrittsquote erheblich. Der 1. und 2. Weltkrieg und ihre Auswirkungen ebenso wie die Steuergesetzgebung in jüngerer Zeit mit Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 56%, die Einführung der Ergänzungsabgabe im Jahr 1983 und 1984, sowie jüngst der Solidaritätsbeitrag waren für diese kurzfristigen Schwankungen maßgebend. Der Prozentsatz der Austritte lag zwischen 0,78% 1974 und 0,38% im Jahr 1979. Im Mittel betrug er zwischen 1970 und 1989 0,52%. Offensichtlich im Zusammenhang mit der Erhebung des Solida-

ritätszuschlages als Ergänzungsabgabe seit Juli 1991 steigen die Austrittszahlen deutlich an. Allein im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden sind sie bis September um knapp 60% gegenüber dem Vergleichsraum des Vorjahres angestiegen. Deutlich ist, daß hiervon nicht nur die Großstädte, sondern auch alle anderen Gebiete betroffen sind.

Gleichzeitig bleibt aber die Feststellung, daß die Zahl der Eintritte kontinuierlich und offensichtlich unabhängig von den Austritten seit 1970 um das dreifache jährlich angewachsen ist.

## Kirchenmitgliederzahl und Kirchensteueraufkommen

Kirchenmitglieder, die lohn- und einkommensteuerpflichtig sind, zahlen je nach Bundesland zwischen 7% und 9% der Einkommensteuerschuld als Kirchensteuern. Dies sind – was selten wirklich den Betroffenen bewußt ist, geschweige denn nachgerechnet wird – 1% bis 2% des Einkommens; meist noch nicht einmal der Gegenwert einer Tasse Kaffee pro Tag. Da Kirchsteuern als Sonderabgaben von der Steuerschuld abgezogen werden können, vermindert sich dieser Betrag nochmals um 30% bis 40% auf circa 60 Pfennige pro Tag.

Trotz der Wanderungsgewinne haben die Kirchaustritte negative Folgen auf die Kirchensteuereinnahmen. Schätzungen hierüber sind unzuverlässig, da nicht bekannt ist, wieviele der Kirchenmitglieder über ein zu versteuerndes regelmäßiges Einkommen verfügen. Verdient in einem Vierpersonenhaushalt mit Eltern und zwei Kindern nur der Haushaltsvorstand den Unterhalt der Familie, bedeutet dies, daß „nur“ 25% der Mitglieder dieser Familie Kirchensteuern zahlen.

Zudem ist nicht bekannt, ob diejenigen, die aus der Kirche austreten, über ein hohes Einkommen verfügen und deshalb relativ hohe Kirchensteuern zahlten. Allerdings läßt der Zusammenhang zwischen Kirchaustritten und staatlichen Steuerhöhungen vermuten, daß die besser verdienenden Kirchenmitglieder eher aus der Kirche austreten als die nicht oder gering Verdienenden.

Deshalb muß mit Schätzungen gearbeitet werden, wenn Mutmaßungen über die Auswirkungen der Kirchaustritte auf das Kirchensteuer-

aufkommen angestellt werden. Im Folgenden wird unterstellt, daß sich der Ausfall an Kirchensteuern nach dem Durchschnittsbetrag berechnen läßt, der sich aus dem Kirchensteueraufkommen dividiert durch die Anzahl der Kirchenmitglieder (Pro-Kopf-Aufkommen) ergibt. Im Durchschnitt zahlte im Jahr 1989 jedes Kirchenmitglied 269,20 DM Kirchensteuern. Bei 147.753 Kirchengliedern ergibt dies eine Minderung des Kirchensteueraufkommens von knapp 40 Millionen DM. Wird realitätsnah unterstellt, daß lediglich 40% aller Kirchenmitglieder Kirchensteuern zahlen, ergäbe dies für das Jahr 1989 eine Ausfallsumme von Knapp 100 Millionen DM oder 1,6% des Kirchensteueraufkommens aller Gliedkirchen in der EKD in Höhe von 6,19 Milliarden DM...

Die Frage, wie sich die Kirche darstellen würde, wenn die durch Kirchengliedern von 1970 bis 1989 insgesamt und kumuliert ausgefallenen Kirchensteuern in Höhe von 1,7 Milliarden DM zur Verfügung stünden, ist spekulativ und deshalb auch nicht ernsthaft zu behandeln. Es ist jedoch sicher, daß die Kirchen damit keine Reichtümer geschaffen, sondern ihre Aufgaben extensiver wahrgenommen hätten – insbesondere in Bereichen, die den Kirchen subsidiär im Bereich der Wohlfahrtspflege von den Kindergärten bis zu den Sozialstationen übergeben sind und bei Ausfall freier Träger vom Staat selbst übernommen werden müßten. Denn von jeder Mark, die der Kirchensteuerzahler bei Austritt aus der Kirche vermeintlich spart, gibt er dem Staat 30 bis 40 Pfennig zusätzlich an Steuermitteln. Er überträgt dem Staat zugleich indirekt damit Aufgaben, die dieser wertneutral erfüllt und ohne Mithilfe der ehrenamtlichen Mitarbeiter, die für die Arbeit der Kirche existenziell wichtig und für die Kostenrechnung entlastend wirkt.

Prognose für die Existenz einer Institution abzugeben, die nahezu 2000 Jahre, wenn auch in unterschiedlicher Gestalt, existiert, ist faktisch unmöglich und theologisch nicht angezeigt. Die Kirche ist zum einen Versammlung aller Gläubigen (Artikel 7 der Confessio Augustana). Ihre Existenz ist nicht von menschlichem Handeln abhängig. Die Kirche ist jedoch auch eine Institution mit irdischer Gestalt und Ausprägung. Auf die Institution Kirche werden Herausforderungen zukommen, deren Tragweite nicht absehbar ist. Dennoch bedarf es keiner prophetischen Gaben, sich abzeich-

nende Entwicklungen zu sehen. Diese Entwicklungen sind – entgegen den oftmals von außen vorgebrachten Einwänden – weniger innerkirchlicher Art als gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Natur.

## Wie geht es weiter?

Nach nahezu 40jähriger Gewaltherrschaft, Unterdrückung und Einschränkungen konnten beide Teile Deutschlands sich vereinigen. Hieran waren die Kirchen maßgeblich beteiligt und halfen, daß die Wiedervereinigung gewaltfrei möglich wurde. 40 Jahre Allmachtsansprüche des Staates und damit Verlust an Eigenverantwortung machten die Devise „Eigennutz vor Nächstennutz“ populär. Diese, den Menschen naheliegende Eigenschaft, wird nicht ohne die Botschaft der Schrift zu ändern sein. Elementare Grundsätze nicht nur der Heiligen Schrift sind abhanden gekommen und haben den Nährboden für eine Haltung geschaffen, in der jeder sich selbst der Nächste ist, weil für die anderen und die Gesellschaft der Staat sorgt. Die Auswirkung dieser Denkweise ist nicht nur in Hoyerswerda anzutreffen, aber auch nicht ohne Grund im Osten stärker als im Westen verbreitet. In dieser Situation sind die Kirchen im Westen gefordert.

Bis die Wirtschaftsstrukturen im Osten denen im Westen gleichen und damit auch die Steuereinnahmen, helfen die westlichen Gliedkirchen im Jahr 1992 mit 560 Millionen DM, um unter anderem die 15.700 Mitarbeiter der Gliedkirchen in den neuen Bundesländern in Verkündigung und Seelsorge, Unterricht und Diakonie zu unterstützen, den Menschen beizustehen, die dieser Hilfe dringender denn je bedürfen. Die Kirchengemeinschaft in der vereinigten EKD steht nicht unter einem Haushaltsvorbehalt und gilt nicht etwa nur, wenn sie nichts kostet – sie beweist sich auch im Teuren. Wir werden uns auf absehbare Zeit darauf einstellen müssen, 3% bis 5% des westlichen Kirchensteueraufkommens für einen innerdeutschen und innerkirchlichen Finanzausgleich bereitzuhalten.

Die deutsch-deutsche Entwicklung ist Bestandteil der europäischen Vereinigung. Die Kirchen und die Stimme des Protestantismus sind gefordert bei der Begleitung von Anpassungsprozessen, die erst begonnen haben und deren annähernde Gestalt nicht absehbar ist. Ohne die Frohe Botschaft, ohne

Werte, die das Christentum vermittelt, wird ein solcher Prozeß der Annäherung zum Kampf der Starken gegen die Schwachen, der Ellenbogenmentalität gegen die Menschenwürde. Die europäische Vereinigung fordert den europaweit in der Minderheit lebenden Protestantismus in einem Umfang, der nicht absehbar ist. Darüber hinaus sind die rund 5% aller Kirchensteuern, die für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden können, in Anbetracht der Armut, die eine Völkerwanderung von Süd nach Nord, von armen zu reichen Ländern auslöst, ein Tropfen auf den heißen Stein. Dennoch gehen hiervon Hoffnung und Zutrauen aus und bereiten den Boden, der Liebe wachsen läßt.

Jeder Kirchenglied ist ein Stück Entsolidarisierung mit jenen, die die Hilfe dringender benötigen als viele, die sprachmächtig und lobbybestückt sind – eben weil sie nicht sprechen können. Nichts zu fordern haben aber auch nicht zu verzweifeln wollen – bei uns, in Europa und weltweit; Entsolidarisierung nicht nur mit den heute Lebenden, sondern auch mit der Vergangenheit unserer Geschichte und Kultur, ohne deren Gegenwart wir verarmen würden. Die Kirche ist ein Teil dieser Vergangenheit, die die Gegenwart elementar mitgestaltet. Ohne die Versammlung der Gläubigen, zu der wir gehören, gibt es nicht die vom Wort gestaltete Gegenwart. Das Wort gibt es nicht ohne die Kirche. Deshalb können wir uns nicht herausstellen, denn „Ich kann ja auch nicht fragen: Was habe ich von meiner Mutter? Ich gehöre ganz einfach zu ihr.“ (Dietrich Bonhoeffer, in: „Das Wesen der Kirche“). Die Kirche ist Mutter und Magd der Menschen – ob sie sie annehmen oder verleugnen.

Die Zahl der evangelischen Kirchenmitglieder wird, nach allem was wir wissen, abnehmen. Dies jedoch sagt nichts über die Zukunft der Kirche. Denn auch sie lebt von der Zusage, daß die Pforten der Hölle sie nicht überwältigen werden und alles, was auf Erden gebunden auch im Himmel gebunden sein wird wie alles, was hier gelöst wird, auch dort gelöst sein wird (Matthäus 16,18). Bei aller Sorge um die Kirche dürfen wir sicher sein, daß nicht wir die Baumeister der Kirche sind: „Wer die Kirche bauen will, ist gewiß schon am Werk der Zerstörung: denn er wird einen Götzentempel bauen, ohne es zu wollen und zu wissen. Wir sollen bekennen – er baut. Wir sollen verkündigen – er baut. Wir sollen zu ihm beten – er baut. Wir kennen seinen Plan nicht.“ Denn: „Kein Mensch baut die Kirche, sondern Christus allein.“ (Dietrich Bonhoeffer, in: „Predigten-Auslegungen-Meditationen 1925-1945“). Und wir sind seine Werkzeuge.

# Friedenschancen für Israel?

Klaus Weigelt

**In der Advents- und Weihnachtszeit schauen viele Menschen und vor allem viele Christen nach Israel, als dem Heiligen Land, in dem vor 2000 Jahren Jesus Christus, der Heiland der Welt, geboren wurde. Auf den Feldern von Bethlehem im Bergland Judäas erschienen Engel einigen Hirten, verkündeten die Geburt des Gottessohnes und jenes „Friede auf Erde“, wie es die Weihnachtsgeschichte im 2. Kapitel des Lukas-Evangeliums berichtet. Die Friedenssehnsucht der Menschen ist seit jenen fernen Tagen immer größer geworden, aber die Chancen für einen dauerhaften Frieden gerade in Israel und im Nahen Osten bleiben gering, trotz aller Hoffnungen, die sich an den Prozeß knüpfen, der mit der Friedenskonferenz in Madrid begonnen hat.**

In kaum einem Land der Welt begegnen sich Friedensliebe und Friedensnotwendigkeit so hart, ja brutal mit der Allgegenwart der inneren und äußeren Bedrohung und der Alltäglichkeit des Krieges, wie in Israel. Das Außenbild der Städte und die Anhalterstationen entlang der Landstraßen in der Nähe der Bushaltestellen sind geprägt von den Soldaten und Soldatinnen mit ihren jederzeitige Kampfberbereitschaft andeutenden Waffen. Jeder junge Mann und jede junge Frau müssen drei Jahre Militärdienst leisten und das ist kein Dienst, bei dem man „eine ruhige Kugel schieben kann“, sondern bitterer Ernst im eigenen Lande, in den „Territories“, wie die besetzten Gebiete in Judäa, Samarien und am Gazastreifen genannt werden, und an den Grenzen im Norden zu Libanon und Syrien und im Osten zu Jordanien. Nach Schulabschluß verabschieden sich die Absolventen mit der bitteren Formel „Auf Wiedersehen im schwarzen Rahmen“, denn die Bilder vieler Kulkameraden, die in den Kriegen seit 1948 gefallen sind, hängen schwarzgerahmt in den Schulen.

**Israel Szabo**, der Direktor von Bet Rutenberg in Haifa, ein alter aus Preßburg in der Slowakei stammender Jude, dem 1938 die Flucht nach Israel gelang, faßt seine Trauer in die Worte: „Was mir leid tut ist, daß wir schon seit drei Generationen unsere Jugend zum Krieg erziehen müssen. Mit 18 Jahren hört in Israel die Jugend auf. Dann folgen drei Jahre Militärdienst, bevor das Studium beginnt. Es fällt mir schwer, den Palästinensern zu entschuldigen, daß sie uns sechsmal gezwungen haben – als Väter und Mütter – unsere Kinder in den Krieg zu schicken, und daß sie uns tagtäglich unter Druck halten, weil wir eine Sünde haben: Ein normales Leben führen zu wollen. Es ist ein Wunder, daß wir überhaupt noch Nerven haben. Sie müssen sich das ganz realistisch vor-

stellen: Jedesmal, wenn es irgendwo in Israel oder an seinen Grenzen Tote und Verwundete gegeben hat, sind tausende von Eltern, Geschwistern, Freunden beunruhigt durch die Frage „Wie geht es unserem Davi, unserer Sarah?“ Und trotzdem: Jetzt haben wir die erste große Chance, über den



Vom israelischen Militär zerstörtes Haus in Samarien.

Friedensprozeß eine Regelung zu finden, die es uns erlaubt, den Wandertab ins Museum zu stellen.“

Wie groß die Friedenschancen für Israel sind, darüber gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Wie weit gerade wir Deutschen oft von der Realität entfernt sind, merkt man erst bei einem längeren Besuch in Israel. Noch kein Jahr ist seit dem Golfkrieg vergangen und hierzulande ist dieses einschneidende Ereignis längst vergessen, das Israel seine bedrohte Existenz überdeutlich vor Augen geführt hat. Über 4500 Häuser und Wohnungen wurden durch Scud-Raketenangriffe aus dem Irak zerstört, über Verluste an Menschen wird geschwiegen. An Fenstern sieht man hier und da noch die Klebestreifen, Reste von Maßnah-

men, einem möglichen Gasangriff zu widerstehen.

Gas ist wieder zum fürchterlichen Reizwort in Israel geworden: Germany the country where the gas comes from, sagt der israelische Schriftsteller **Yoram Kaniuk** und fügt hinzu, wir kennen alle Firmen, die Gas produzieren, aber niemand informiert die Öffentlichkeit darüber. Der deutsche Botschafter in Israel von der Gablentz bestätigt das „Gastruma“ und die entsprechenden Reaktionen während des Golfkrieges und danach. Nur 0,1 % der Irak-Aufrüstung sei aus Deutschland gekommen, und dazu auch noch illegal, aber diesem Argument habe man sich in der Situation der Bedrohung verschlossen.

Ähnlich kritisch wird die Haltung der Friedensbewegung während des Golfkrieges beurteilt. Wer die Parole „Nie wieder Krieg!“ als Pazifist unre-

flektiert gebrauchte, ohne an die notwendige Bekämpfung Hitlers und damit auch Saddam Husseins zu denken, sagt **Dan Diner** in Haifa, der setze die Mentalität und das Denken des früheren Aggressors – der heute nicht mehr Aggressor sein will – in die Gegenwart fort und nehme damit den rechtmäßigen Kämpfern gegen Aggressionen ihre moralische Möglichkeit. Dieser Situation sah sich Yoram Kaniuk bei einer Diskussion mit Günther Grass vor 600 Zuhörern in Berlin während des Golfkrieges ausgesetzt: I felt betrayed, sagt er in Tel Aviv, ich fühlte mich verraten, weil seine linken Freunde ihn wegen der israelischen Haltung im Golfkrieg kritisierten und nicht verstanden, daß „not every war is negative“ (nicht jeder Krieg ist negativ).

## Verhandlungsprozeß in Gang halten

Ebenso weltfremd wie die pazifistische Grundhaltung großer Teile der deutschen Friedensbewegung sind auch zahlreiche, wohlmeinende Ratschläge oder auch Forderungen an Israel unter dem Motto „Land für Frieden“. Die Lage sei viel zu kompliziert, meint **Yossef Olmert** vom Regierungspresseamt, als daß man in kurzer Zeit oder durch Einzelschritte vorankommen könne. Am wichtigsten sei der Friede selbst, sonst liefe gar nichts. Darum sei auch die Friedenskonferenz in Madrid nicht das entscheidende und wichtigste Ereignis; das waren vielleicht ein oder zwei nette Tage. Die Hauptsache seien die bilateralen Verhandlungen, die jetzt folgen müssen. Und natürlich auch die regionalen Arbeitsgruppen, z.B. für eine Kooperation in Fragen einer Nahost-Wasserregelung.

Mit dem **Libanon** hat Israel keine territorialen, aber Sicherheitsprobleme. Ziel der israelischen Politik ist eine friedliche Grenze. 60 Israelis sind bis heute im Norden gefallen, keiner auf heimischen Boden, alle in der Sicherheitszone zwischen Israel und dem Libanon.

Der Verhältnis zu Syrien befindet sich auf einem toten Punkt wegen der Golanhöhen. Wer einmal auf diesen Höhen gestanden hat, versteht die israelische Position. Von hier aus haben die Syrer jahrelang in die Wohnorte und Kibbuzim am See Genezareth hineingeschossen und so ist es verständlich, wenn die Israelis gerade an dieser Stelle die Formel „Land für Frieden“ skeptisch betrachten. Derzeit ist hier bei Kuneitra eine aus Österreichern zusammengesetzte Friedenstruppe stationiert, die Syrer und Israelis auf Distanz hält. Das politische Hauptproblem für Israel besteht zur Zeit darin, andere für Syrien wichtige Gesprächsthemen zu finden, um den Verhandlungsprozeß in Gang zu halten. Wenn dieser Versuch scheitert, wird das auch Auswirkungen auf den Libanon haben. Darum: Die Golanhöhen und ein ordentlicher Friedensvertrag gehören zusammen, damit die Sicherheit im Norden Israels von Dauer sein kann.

Mit **Jordanien** besteht das Problem der „Territories“, in denen z.Zt. 85000 Palästinenser leben. Hier liegt der eigentliche Schlüssel des Problems, da in den von Israel besetzten Gebieten die

Bevölkerung nicht frei entscheiden kann, wegen ihrer Abhängigkeit von der PLO-Führung in Tunis und von der Wirksamkeit des PLO-Terrorismus, der sich auch gegen die Palästinenser selbst wendet. Über 50 % der Opfer der Intifada (seit Dezember 1987) entstanden aus Racheakten der PLO gegen solche Palästinenser, die sich den Regeln der Intifada widersetzen und sich einer Zusammenarbeit mit den Israelis „schuldig“ machten. So müssen z.B. täglich um 2 Uhr nachmittags alle Geschäfte geschlossen werden – was jedes bisher gewohnte Leben in den Basaren Jerusalems ersterben läßt – und wehe dem, der sich diesem sozialen Zwang nicht beugt. Es ist klar, daß sich die Palästinenser damit selbst schädigen, aber sie tun es nicht aus eigenem Willen, son-

erstaunlicherweise in Deutschland oft nicht gesehen.

Schon 1989 hat Israel allgemeine Wahlen für die besetzten Gebiete vorgeschlagen, weil in Übereinstimmung mit den USA eine Lösung angestrebt wird unter Anwendung des sog. Mechanismus von Camp David, d.h. der Übertragung der Macht vom Militär auf lokale, also kommunale Autoritäten. Israel strebt also eine Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten an unter der Voraussetzung einer Loslösung von Tunis (PLO). Das könnte in einem ca. 3-jährigen Verhandlungsprozeß erreicht werden.

Andererseits knüpfen sich auch an dieses Verfahren Zweifel, weil der Friedensvertrag mit Ägypten und damit



**Mauerbau in den besetzten Gebieten als Maßnahme gegen die Intifada** Foto: Klaus Weigelt

dern auf Anweisung von außen, wie man auch im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz in Madrid beobachten konnte.

Die Haltung Israels in den besetzten Gebieten ist andererseits oft auch nicht geeignet, den Friedensprozeß zu befördern. So wurden zur Bekämpfung der Intifada Maßnahmen üblich, deren Wirksamkeit Zweifel aufkommen lassen: Ganze Ortschaften wurden durch Mauern abgeriegelt; im Zuge einer Kollektivhaftung werden Häuser, aus denen Terroristen stammen, teilversiegelt oder gar gänzlich durch das Militär zerstört (gesprengt). Derartige Maßnahmen seien im Vergleich zu dem in anderen arabischen Staaten üblichen als milde einzuschätzen, wird von offizieller Seite versichert.

Im übrigen könnten die Betroffenen den Rechtsweg beschreiten, was durchaus oft Erfolg habe, denn Israel sei immerhin ein demokratischer Rechtsstaat, der sich im arabischen Lager durchweg besonderen Formen der Diktatur gegenüber sehe. Auch dieser Aspekt der Problematik werde

die Verfahrensweise von Camp David von der UN verurteilt worden ist. Das gilt übrigens auch für den Zionismus selbst, der in einer Resolution der Vereinten Nationen vom 10. November 1975 dem Rassismus gleichgesetzt wurde. Das sollte man bedenken, wenn die PLO immer wieder die Beachtung aller UN-Resolutionen über den Nahen Osten fordert.

## Tägliche Sorge um den Frieden

Wie soll es weitergehen? Für Yussef Olmert ist ein Palästinenserstaat unter der Führung der PLO undenkbar: „Definitely no!“ (Absolut unmöglich!) „Stellen Sie sich vor, wir hätten im August 1990 einen Palästinenserstaat unter PLO-Führung gehabt; die Folgen des Bündnisses Arafat-Saddam wären für Israel furchtbar gewesen“. Andererseits ist für Olmert auch die Anektion der besetzten Gebiete undenkbar: Definitely no!

Das sind also die beiden Extreme. Dazwischen irgendwo muß in einem jahrelangen Verhandlungsprozeß die

Lösung gefunden werden. In diese Verhandlungen kann aus israelischer Sicht alles einbezogen werden, außer Jerusalem. Und doch ist gerade diese Stadt faktisch wieder geteilt, denn viele Juden wagen sich bereits heute nicht mehr in den Osten Jerusalems.

Der bevorstehende Wahlkampf im März/April 1992 wird die konkreten Schritte der Friedenspolitik diskutieren, und daran wird sich auch die politische Zukunft des Landes orientieren. Allgemeine philosophische Zukunftsprobleme stehen nicht auf der Tagesordnung Israels. Dazu ist die tägliche Sorge um den Frieden und das gesicherte Morgen zu groß. Die Annehmlichkeiten des Lebens müssen im buchstäblichen Sinne des Wortes immer wieder hart erkämpft werden. Das ist vielen zu mühselig und deswegen hat der wachsenden Einwanderung, vor allem aus der Sowjetunion, auch

eine zunehmende Abwanderung aus Israel gegenüber. (vgl. Evangelische Verantwortung 11/1991 Seite 6 u. 7).

Wer Israel in seiner Lage verstehen will, muß viel historisches und psychologisches Einfühlungsvermögen neben allem rationalem Politikverständnis aufbringen. Die Geschichte des jüdischen Volkes wird von zwei Tragödien überschattet, die bis heute das Sicherheitsdenken Israels beeinflussen: Massada und der Holocaust. Auf Massada, jenem gigantischen Felsen am Rande des Toten Meeres, entzog sich nach mehrjähriger Belagerung die jüdische Besatzung mit Frauen und Kindern durch gemeinschaftlichen Selbstmord der Eroberung durch die Römer. Der jüdische Historiker Josephus Flavius hat dieses Ereignis in seinem Werk „Der jüdische Krieg“ eindrücklich geschildert. – Der Holocaust, 1900 Jahre später, vernichtete das Judentum in

weiten Teilen Europas. Zwischen diesen beiden historischen Eckpfeilern vollzieht sich der Leidensweg des jüdischen Volkes durch die Geschichte der Jahrhunderte, und seit 1948 beobachten wir die Entwicklung des Staates Israel, von der Balfour-Erklärung bis zur Madrider Friedenskonferenz.

Dieses Volk wird erst dann „den Wanderstab ins Museum stellen können“, wenn die Weltgemeinschaft sich dazu aufschwingt, ihm ein gesichertes Existenzrecht zu gewähren und wenn die fundamentalistisch orientierten Organisationen der Palästinenser davon ablassen, die Befreiung Palästinas zum Jihad, zur persönlichen religiösen Pflicht, zu erklären. Hier liegt der eigentliche Kern des Konflikts.

**Ann.:** Klaus Weigelt ist Institutsleiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling bei Bonn.

## Kurz notiert

### Kirchentage in Ost und West vereint

**Fulda.** Nach dreißigjähriger durch die politischen Verhältnisse erzwungener Trennung ist die Kirchentagsarbeit in Ost und West wieder vereint. Die Präsidialversammlung, das oberste Gremium des Kirchentages West, ebenso wie die Konferenz Landesausschüsse Ost, das alte oberste Gremium, verabschiedeten in Hofgeismar einstimmig eine neue Ordnung für den deutschen Evangelischen Kirchentag. Der nächste zentrale Kirchentag in München 1993 wird gemeinsam vorbereitet und verantwortet.

Die neue Ordnung sieht ausdrücklich neben zentralen auch regionale Kirchentage und Kongresse vor, wie sie vor allem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR seit Jahrzehnten veranstaltet wurden.

Die Mitglieder des bisherigen Präsidiums der Kirchentagsarbeit Ost (Jürgen Friedrich, Joachim Gauck, Gottfried Hänsch, Dr. Siegfried Plath, Anemarie Schönherr, Dr. Manfred Stolpe und Curt Stauss) gehören ab sofort zusammen mit den bisherigen Präsidiumsmitgliedern West dem neuen Kir-

chentagspräsidium an. Mitglieder des bis 1995 amtierenden dreiköpfigen Vorstandes des Deutschen evangelischen Kirchentages sind **Dr. Erika Reihlen** (Berlin), Professor **Dr. Ernst Benda** (Karlsruhe) und **Anemarie Schönherr** (Berlin).

### Kasseler Bischof Hans-Gernot Jung gestorben

**Kassel.** Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, **Hans-Gernot Jung**, ist im 62. Lebensjahr am Dienstag abend, 26. November, an den Folgen einer Gehirnembolie in Kassel gestorben. Er war vor einer Woche überraschend erkrankt und lag seit Donnerstag im Koma. Jung war seit 1978 Bischof der kurhessischen Landeskirche und von 1985 – 1991 Stellvertretender Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der Kasseler Bischof galt als einer der erfahrensten deutschen Teilnehmer am weltweiten ökumenischen Gespräch. Seit 1986 war er einer der acht Präsidiumsmitglieder der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), die 120 nichtkatholische Mitgliedskirchen in Ost- und Westeuropa zählt. Noch Mitte November nahm er an der Fünften Ökume-

nischen Begegnung der KEK mit dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen in Santiago



**Hans-Gernot Jung während der EAK-Bundestagung in Karlsruhe 1987**

de Compostela teil. Seit Februar war er auch Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Bischof Hans-Gernot Jung hatte sich in 13 Amtsjahren als Bischof seiner Landeskirche von Kurhessen-Waldeck Anerkennung innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), in der europäischen Ökumene und der weltweiten Christenheit erworben. Lange

vor dem Herbst 1989, als Kassel nach der Grenzöffnung der DDR und dem Umbruch in Osteuropa vom äußersten Rand der westlichen Welt in die Mitte des „Hauses Europa“ rückte, hatte Jung die Grenzen Kurhessen-Waldecks in alle Richtungen überschritten: als Stellvertretender Ratsvorsitzender der EKD, als Präsidiumsmitglied der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), als Leiter der EKD-Delegation in der Weltversammlung über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Seoul.

Die Mitte war nicht alleine im geographischen Sinn der Bestimmungsort Jungs. Die Suche nach Gemeinsamkeiten zwischen scheinbaren Gegensätzen und der Wille zur Verständigung waren Merkmale seines Wirkens als Studentenfarrer, Oberlandeskirchenrat und Bischof, vor allem jedoch als Direktor der Evangelischen Akademie in Hofgeismar in den 60er und 70er Jahren. In einer Zeit gesellschaftlichen Umbruchs sah er sich als Vermittler, der Differenzen nicht zukleistert, sondern um gegenseitige Annahme trotz Meinungsvielfalt wirbt. Sein Stichwort war die „versöhnte Verschiedenheit“, sein Vorbild die „Frohe Botschaft“, daß Gott die verschiedenartigen Menschen in Christus angenommen hat.

(aus: epd)

## Bücher

**Johannes Thiele (Hrsg.): Weihnachten wie in alter Zeit, 97 Seiten, Format: 17,0 x 24,0 cm mit zahlreichen farbigen Abbildungen, gebunden mit farbig bedrucktem Überzug und Goldfolienprägung, ISBN 3-7831-1125-0, Kreuz Verlag 1991**

Weihnachten, das gefürchtetste, das schönste Fest im kirchlichen Jahreskreis, ruft bei vielen Menschen heute Gefühle der Verlegenheit hervor. Wie sollen sie es feiern, dieses Fest der Feste, wie sollen sie die Feier im Familienkreis gestalten? Im Zweifelsfall wird ja eher nach der zweiten Strophe von „Stille Nacht, heilige Nacht“ gefragt als nach der Einstudierung moderner Lieder, die nurmehr wenig vom Zauber dieser Tage voller Lichte und Geheimnisse widerspiegeln.

Keine Zeit für Experimente also, Mut zum Bewährten ist gefragt. Das hier vorliegende Weihnachtsbuch gibt auf die Frage, wie man dieses Fest feiern kann, eine bewußt traditionelle Antwort. Es stiftet dazu an, Weihnachten in der schönsten Form zu feiern: wie es seit altersher Brauch ist.

Darum ist hier alles zusammengetragen worden, was die Familie zum Heiligen Abend und für die Feiertage braucht: die bekanntesten Weihnachtslieder (mit Noten), Gedichte zum Einstimmen und Verse zum Aufsagen, die biblische Geschichte zum Vorlesen (in vier verschiedenen Fassungen zur Auswahl: vom Lutherdeutsch bis zur kindgerechten Erzählung), Besinnliches für die stille Zeit des Jahres, Geschichten von Theodor Storm, Peter Rossegger, Karl Heinrich Waggerl und anderen.

**Sabine Leibholz-Bonhoeffer: Weihnachten im Hause Bonhoeffer, 96 Seiten mit acht Kunstdrucktafeln. GTB Siebenstern 1545, Gütersloh 1991**

In Erinnerungen schildert Sabine Leibholz-Bonhoeffer die Weihnachtsfeiern im Kreise von sechs Geschwistern und den Eltern, die verwurzelt in der christlichen Tradition, ihren Kindern den wahren Sinn von Weihnachten nahebrachten –

mit adventlichem Singen und Vorlesen, mit Geschenken von Bedürftigen. Die Erinnerungen an die harmonischen Weihnachtsfeiern der Kindheit halfen ihnen später in der Zeit des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, als die Brüder und Schwäger der Autorin inhaftiert waren und sie selber mit ihrer Familie nach England emigrieren mußte.

Dietrich Bonhoeffer schrieb während der Adventszeit 1943 aus dem Gefängnis in Tegel: „... Ihr habt uns durch Jahrzehnte hindurch so unvergleichlich schöne Weihnachten beschert, daß die dankbare Erinnerung daran stark genug ist, um auch ein dunkleres Weihnachten zu überstrahlen.“



**aus: Martin Waddell, Barbara Firth: Gehen wir heim, kleiner Bär. Annette-Betz-Verlag, Wien, München 1991**

**Cornelia Mack (Hrsg.): Weihnachten feiern in Familie und Gemeinde, Ein Werkbuch, Brunnen Verlag Gießen/Basel, 1991**

Weihnachten in Familie und Gemeinde wieder richtig feiern. Kürzere und längere Texte, Erzählungen, Anspiele, Liedbetrachtungen, Karikaturen, Meditationen, Gebete – bis hin zu ganz praktischen Tips und konkreten Hilfen zur Durchführung. Texte, die das eigentliche Weihnachtsgeschehen erschließen können, die deutlich ma-

chen, welchen Anspruch Weihnachten für unser Leben bedeutet, die von der Kraft zur Veränderung erzählen, die mit dem Kind in der Krippe in diese Welt gekommen ist.

Cornelia Mack wohnt in Filberstadt bei Stuttgart. Sie ist Sozialpädagogin, arbeitet ehrenamtlich im Bereich Seelsorge und Frauenarbeit, ist verheiratet und hat vier Kinder.

**„Zeit der Stille: Einer der bekanntesten christlichen Kalender. Ein hübsches, beliebtes Geschenk. Zeit der Stille zeichnet sich aus durch brillante Landschafts- und Stimmungsfotos, durch ewig gültige, wegweisende Psalmworte. Gefälliges, quadratisches Format (12 x 12 cm), Spiralbindung, Aufsteller, Lackierung, Schutzfolie.“**

Bestellnummer: RKW 92800  
Kawohl-Verlag, Wesel 1991

## Leserbrief

**Betr.: Ev. Verantwortung – September 1991  
„Familienergänzende Betreuungsangebote“**

In der September-Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ mit dem Thema: „Welche Zukunft haben unsere Kinder“, stellt Peter Hintze die Frage, ob derzeitige Lebensbedingungen der Entwicklung von Kindern und jungen Menschen förderlich oder schädlich sind. Bei dieser Frage klingt begrifflicherweise ein großes Fragezeichen mit. Wäre es nicht angebracht, weitergehend zu fragen, was denn einer gesunden, vor allem seelisch gesunden Entwicklung dienlich ist? Daran müßte sich doch jedes Engagement für die junge und jüngste Generation, und also auch die Familienpolitik orientieren!

In dem Artikel, wie auch in den nachfolgenden, ist aber mehr von gesellschaftlichen Veränderungen, als eine Art unabänderlichen Gegebenheiten die Rede, die auch dieser Politik die Richtung geben. Ganz besonders wird das in den Grundsatzzpositionen deutlich, die Antonius Rösenberg vorstellt. Dort

geht es darum, den „tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen“ gerecht zu werden. Und das heißt, Priorität haben nicht die Bedürfnisse des Kindes, sondern die derzeitigen Lebenserwartungen Erwachsener. Der Übereifer für die Institution wird dem Engagement für das Kind gleichgesetzt, ja wird als Beweis christlichen Handelns gewertet, wie an anderer Stelle zu entnehmen ist.

Glauben wir wirklich, eine, im vollen Sinn des Wortes umfassende Fremdbetreuung wäre ein gesunden Entwicklung förderlich? Mit diesem Konzept liegt die CDU voll im Trend. Das ist schwer begreiflich. Was mit Kindern geschieht hat immer weitreichende Folgen, für sie persönlich und für die Gesellschaft. Darum kann man nur erschrecken, mit welcher Unbekümmertheit hierzulande eine durchorganisierte Kindheit pagiert wird. Sind wir wieder einmal dabei, das Augenmaß zu verlieren?

Martha Kießling  
Oberntieferstraße 28 c  
8532 Bad Windsheim



Wir wünschen unseren Lesern ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest

Die Redaktion

## Aus unserer Arbeit

### Zeit und Toleranz für ein neues Unterrichtsfach

**Erfurt.** „Perspektiven christlicher Erziehung im vereinigten Deutschland“ war das Thema einer Diskussion, zu der der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU gemeinsam mit Frischluft e.V. ins Erfurter Augustiner-Kloster eingeladen hatte. Diese erste von insgesamt fünf Veranstaltungen in den neuen Bundesländern fand bei Thüringer Pädagogen und Kirchenvertretern großen Zuspruch, ging es doch um die Zukunft des Religionsunterrichts. Meinungsäußerungen und Fragen der Pädagogen und Elternvertreter machten die Problematik des hierzulande neuen Faches Religionsunterricht und die notwendige Verständigung dazu deutlich.

„Wenn überhaupt christliche Erziehung in der Schule, dann im Religionsunterricht,“ so Kultusministerin **Lieberknecht**, die den Einführungsvortrag zur von

Landtagspräsident **Dr. Müller** geleiteten Diskussion hielt. Dabei berief sich die Ministerin auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in dem es heißt: „Das Erziehungsziel darf – außerhalb des Religionsunterrichts, zu dessen Besuch niemand gezwungen werden kann – nicht christlich-konfessionell fixiert sein“. Zu diesem Faktor gehöre nicht zuletzt der Gedanke der Toleranz für Andersdenkende, führte sie weiter aus. Perspektive, Zukunft für den Religionsunterricht könne nur heißen, gemeinsame Suche und gemeinsame Erfahrungen.

Keineswegs für alle Zeiten geklärt, sieht Oberkirchenrat **Ludwig Große**, Eisenach, das Verhältnis Religions- und Ethikunterricht. An die Altbundesländer appellierte er, Zeit und Möglichkeiten zu geben, um nach dem zu suchen, was für unsere Kinder gut sei. Dabei verwies er auf das Recht des Kindes, das „ganze Wissen zu erfahren“.



Foto: Rüdiger Scholz

### Altmärkische Kirche wird renoviert

**Bremervörde/Schönhausen.** Im April 1990 hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU (EAK) im Landkreis Rotenburg/Wümme zur Evangelischen Kirchengemeinde Schönhausen/Altmark (Sachsen-Anhalt) Kontakt aufgenommen. Die dortige Gemeinde hat eine herrliche Kirche, eine romantische Basilika, die im Jahr 1212 geweiht wurde. In dieser Kirche wurde der Reichsgründer Otto

von Bismarck im Jahre 1815 getauft, der auch in Schönhausen das Licht der Welt erblickte.

Die Kirche besitzt einen festungsartigen Turm und ist die größte Dorf- und Herrschaftskirche in der ganzen Umgebung – zugleich eine der typischen Wehr- und Fluchtkirchen der Altmark. Im Kircheninneren verweisen Grabdenkmäler und Epitaphien auf die Familie Bismarck.

Die Bausubstanz dieser Kirche scheint im Kern gut zu sein.

Doch bei genauerer Betrachtung wird der Sanierungsbedarf an Dach und Mauerwerk sichtbar. Auch im Kircheninneren müssen Renovierungsarbeiten durchgeführt werden. Das erfordert verständlicherweise einen hohen Kapitalbedarf. Aus eigener Kraft können weder die Kirchengemeinde Schönhausen noch das Land Sachsen-Anhalt die Finanzierungsmittel aufbringen.



Foto: Deutsche Fotothek

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, das Renovierungsvorhaben in Schönhausen zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurde innerhalb des CDU-Kreisverbandes eine Sammlung durchgeführt, bei der eine stattliche Geldsumme zusammengebracht wurde.

EAK-Kreisvorsitzender **Albert Rathjen** (Bremervörde) hat das Geld inzwischen weitergeleitet und ist überzeugt, daß dieses altmärkische Gotteshaus bald seine alte Schönheit wiederbekommen wird. Durch die Unterstützung des Renovierungsvorhabens leiste der EAK der CDU einen wichtigen Beitrag zur Denkmalpflege und zur Aktivierung der kirchlichen Arbeit in Sachsen-Anhalt.

### Noch keine Chancengleichheit für Frauen

**Pforzheim.** „Die Herausforderung der Frau im gesellschaftlichen Wandel“ war das Thema der Tagung, zu der sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, Landesarbeitskreis Baden, traf. Höhepunkt der Tagung, zu der neben Staatssekretär **Hugo Leicht** auch Staatsminister **Dr. Lutz Stavenhagen** gekommen war, war das Referat

der Baden-Württembergischen Ministerin für Arbeit und Soziales, **Barbara Schäfer**. Frau Schäfer, die seit September auch das Attribut Frauenministerin in ihrem Titel führt, sagte, sie stelle den „frauenfreundlichen Umbau der gesellschaftlichen Strukturen“ in den Mittelpunkt ihrer diesbezüglichen Arbeit. „Unser frauenpolitischer Auftrag ist es, die Gesellschaft zu verändern, daß Frauenpolitik überflüssig wird.“

Noch nie, sagte die Ministerin, seien die Frauen so gut ausgebildet gewesen als heute. „In puncto Schulerfolg haben sie ihre männliche Konkurrenz bereits überflügelt.“ 44,9 Prozent der hochschulreifen Schulabschlüsse würden von Mädchen abgelegt, 41 Prozent aller Auszubildenden seien genauso weiblichen Geschlechts wie 40 Prozent der Studienanfänger. „Und dies sind nur die Zahlen der Alt-BRD; gemeinsam mit den neuen Bundesländern sähe das Verhältnis noch besser aus“, fügte Frau Schäfer hinzu, schließlich sei man im Ostteil Deutschlands in Sachen Emanzipation und Gleichberechtigung „traditionell weiter“ als im Westteil.

Trotz deutlich erhöhter Qualifikationen läge jedoch der Verdienst von Frauen noch immer ein Drittel unter dem Einkommen der Männer. „Frauen haben schlechtere Chancen beim Wiedereinstieg in den Beruf und sind in Führungspositionen noch immer stark unterrepräsentiert. Gerade in Pforzheim, so die Ministerin, wo nach Berlin die zweithöchste Frauenerwerbsquote der Bundesrepublik erreicht werde, sei es notwendig, über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu reden. Es seien Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine echte Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf zuließen.“

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hintze, MdB ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der  
F

## Aus dem Inhalt:

Der evangelische Beitrag zur Versöhnung mit Polen	1
Aus Feinden werden Freunde – Die deutsch-polnischen Beziehungen nach den Verträgen	4
Braucht der Mensch Werte?	7
Die Kirchensteuern und die Zukunft der Kirche	9
Friedens Chancen für Israel?	11
Kurz notiert	13
Bücher	14
Aus unserer Arbeit	15

## Unsere Autoren:

D. Helmut Hild  
Stefan-Georg-Weg 37  
6100 Darmstadt

Dr. Friedbert Pflüger, MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski  
Siegfriedstr. 11  
6905 Schriesheim

OKR Dr. Beatus Fischer  
Blumenstr. 1  
7500 Karlsruhe 1

Klaus Weigelt  
Urfelder Str. 226  
5047 Wesseling

100% Altpapier  
chlorfrei hergestellt

Lima/Peru



Fordern-Sie das Heft  
„Den Armen Gerechtigkeit“ an  
(DM 2,- in Briefmarken)

# Flora Tristan

**D**ie engagierte Vorkämpferin für ein menschenwürdiges Leben der Frauen wurde zum Leitbild einer Selbsthilfe-Initiative von Frauen für Frauen. Denn gerade in den Randgebieten der großen Städte Perus mühen sich viele um ein Überleben ihrer Familien. Oft sind die Männer weit weg auf Arbeitssuche... oft werden sie mißbraucht und ausgebeutet. In den Fabriken und Werkstätten verrichten sie Schwerstarbeit, zu-

sätzlich kümmern Sie sich um Kinder und Haushalt. Die Mitarbeiterinnen von „Flora Tristan“ helfen ihnen in Lima durch Beratung in Notsituationen, führen Kurse in Gesundheits-Erziehung und Familienplanung durch... bilden Helferinnen für Volksküchen, Kindertagesstätten, Gesundheitsgruppen aus, produzieren Material für die Bildungsarbeit. Sie nutzen auch Radiosendungen und Zeitschriften, um in der Öffentlichkeit die Probleme

der Frauen bewußt zu machen. Könnten Spenden von BROT FÜR DIE WELT besser angelegt werden?

## Brot für die Welt

Konto 500 500 500 Postgiro Köln  
oder Banken und Sparkassen  
Postf. 10 11 42 · 7000 Stuttgart 10



HILFE  
FÜR  
BRÜDER

Mehr  
einheimische  
Mitarbeiter  
in der 3. Welt  
ausbilden

Seine Kirche ist arm. Sie braucht ihn dringend als Pfarrer. Aber die Kosten für eine biblisch fundierte Ausbildung kann sie nicht aufbringen. Helfen Sie mit einer Patenschaft! Noch viele begabte junge Christen in Afrika, Asien und Südamerika warten auf eine Chance.

Nähere Infos bei:

Hilfe für Brüder e.V.  
Schickstr. 2, 7000 Stuttgart 1  
Tel.: 07 11/23 46 87

Konten: 920-709 Postgiro Stuttgart (BLZ 600 100 20)  
2004004 Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 501 01)